

## Die Palästinenser nach dem Gazakrieg

### Ausgangssituation

Nach Auslaufen des gegen Ende bereits brüchig gewordenen halbjährigen Waffenstillstandes zwischen Israel und der im Gazastreifen herrschenden Hamas am 19. Dezember 2008 wurde fortgesetzt israelisches Territorium vom Gazastreifen aus mit Raketen beschossen. Am 27. Dezember begann daraufhin die israelische Luftwaffe Angriffe auf Ziele der Hamas. In der bis zum 18. Januar 2009 dauernden Militäroperation „Gegossenes Blei“ griff die israelische Armee die Regierungsinfrastruktur in Gaza sowie Stellungen, Tunnel nach Ägypten, und verschiedenen andere Einrichtungen der Hamas einschließlich der Wohnungen ihres Führungspersonals an. Derweil nahm die Hamas den Süden Israels unter ständigen Raketenbeschuss. Dabei wurde erstmals auch die große Stadt BeerSheva getroffen. Hamas war der klare Auslöser dieser bisher ungesesehenen Eskalationsstufe, wurde jedoch selbst von der Härte und dem Umfang des israelischen Vorgehens überrascht.

Nach einleitenden Luftangriffen stießen in der zweiten Phase des Einsatzes israelische Bodentruppen in den Gazastreifen vor und teilten ihn in drei Abschnitte auf. In einer unvollendeten dritten Phase führte die israelische Armee, unterstützt von Luftangriffen und Artillerie, in den urbanen Zentren Einsätze gegen die militärischen Kapazitäten der Hamas, insbesondere die Fähigkeit Raketen abzuschießen, durch. Nach 22 Tagen israelischen Militäreinsatzes im Gazastreifen spricht die palästinensische Seite von 1.300

Toten und bis zu 5.400 Verwundeten. Hamas behauptet, dass mindestens 900 der getöteten Menschen Zivilisten gewesen seien, israelischen Angaben zufolge ist der zivile Anteil unter den Opfern sehr viel geringer und liegt bei etwa einem Viertel. Verifizierbare Angaben dazu liegen nicht vor.

Durch Telefonanrufe und Flugblätter hat die israelische Armee die Bewohner der betroffenen Gebiete vorzuwarnen versucht, um so zivile Verluste zu minimieren. In Anbetracht der außerordentlich hohen Siedlungsdichte im Gazastreifen und der - sicherlich nicht nur zufälligen - Positionierung von militärischen und zivilen Einrichtungen der Islamisten in bewohntem Gebiet war mit vielen zivilen Opfern zu rechnen. Israel steht darüber hinaus in der Kritik wegen verschiedener mutmaßlich der Genfer Konvention widersprechender Vorfälle, wie beispielsweise einem Angriff auf eine Schule des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNRWA oder des umstrittenen Einsatzes von Phosphorgeschossen und anderer Waffen.

Mehrere Hamas-Führer wurden während der Offensive getötet, darunter Hamas-Innenminister Said Siyyam, der Chef der Polizei in Gaza Tawfiq Jabber, der hochrangige Geistliche und Milizenführer Nizar Rayyan – als Anführer des so genannten „Taliban-Flügels“ der fundamentalistischste Protagonist an der Hamas-Spitze und wichtigste Kontaktmann Teherans. Die militärische Infrastruktur der Hamas scheint nachhaltig geschwächt, ist aber noch vorhanden. Gegen Ende des Krieges flogen zwar deutlich

weniger Raketen auf Israel, ganz konnte der Beschuss jedoch nicht gestoppt werden. Es wird berichtet, dass Hunderte von Hamas-Kämpfern getötet und annähernd 2.500 verwundet wurden. Hamas und andere militante Gruppen im Gazastreifen geben dagegen an, dass 158 Kämpfer getötet worden seien. Insgesamt wird vermutet, dass vor dem Krieg 25.000 Hamas-Kämpfer und andere Militante (Al-Aqsa-Brigaden, Islamischer Dschihad, und andere) im Gazastreifen unter Waffen standen. Klar ist außerdem, dass Hamas potenziell immer noch Kapazitäten besitzt, den Raketenbeschuss wieder aufzunehmen. Dies zeigen auch die vereinzelt Raketenabschüsse, die es bislang nach dem Ende der Kampfhandlungen gab.

Auf israelischer Seite kamen während des Konflikts 13 Menschen ums Leben, davon zehn Soldaten. Neun der Soldaten wurden im Gazastreifen getötet, vier darunter sind Opfer von so genanntem „friendly fire“.

Erste unabhängige Untersuchungen sprechen von einem Schaden im Gazastreifen von insgesamt zwei Mrd. Dollar. Die Regierungsinfrastruktur ist völlig zerstört. Insbesondere der Hamas als Ministerien dienende Gebäude, sowie Einrichtungen der Polizei und Sicherheitskräfte wurden von israelischen Luftangriffen getroffen. Zudem wurden tausende Wohnhäuser und Fabriken, sowie dutzende Moscheen, Schulen, Sicherheitseinrichtungen und auch Strom- und Wasserleitungen zerstört oder beschädigt.

#### **Die Lage in der Westbank**

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat die öffentliche Ordnung in der Westbank weitestgehend aufrecht erhalten. Das zum Teil gewalttätige Vorgehen der Sicherheitskräfte der PA gegen Demonstrationen für Hamas, in Kombination mit einer generellen Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, verhinderte ein Übergreifen des bewaffneten Konflikts auf die Westbank. Ob-

wohl verschiedentlich führende Mitglieder von Hamas und Hisbollah zum Aufstand und zu Selbstmordattentaten aufgerufen haben und es zu vereinzelt Übergriffen vor allem auf israelische Siedler kam, ist derzeit keine „Dritte Intifada“ zu erwarten.

Andererseits verlor der in der Westbank regierende palästinensische Präsident und Fatah-Vorsitzende Mahmoud Abbas in der Bevölkerung seit Beginn der israelischen Offensive rasant an Ansehen. Besonders negativ wurde aufgenommen, dass Abbas zu Beginn der Luftangriffe Hamas - zu Recht - für die Eskalation des Konfliktes und damit das militärische Vorgehen Israels verantwortlich gemacht hat. Die meisten Menschen hatten sich eher die übliche markige Kriegsrhetorik und Solidaritätsbekundungen gewünscht. Auch dass Abbas bei einem Treffen mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak keine Öffnung des Grenzüberganges Rafah vom Gazastreifen nach Ägypten erreichen konnte, sehen viele Palästinenser als Schwäche an. Schon der Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 war ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Palästinenser mit Korruption und Stillstand in den Autonomiegebieten unter Fatah. Trotz des Umstandes, dass führende Fatah-Vertreter die Einheit der Palästinenser beschwören, haben Abbas und mit ihm wohl Fatah erneut schweren Schaden in ihrer Popularität erlitten.

Die bisherige Haltung der Fatah in diesem Konflikt zeigt, dass viele in der Fatah eine Schwächung von Hamas durchaus begrüßen und darüber hinaus generell bereit sind, im Gazastreifen wieder die „Verantwortung“ zu übernehmen. Fatah kann und will sich jedoch nicht direkt von Israel den Weg in den Gazastreifen freimachen lassen, denn dies hätte einen noch weiteren Popularitätsverlust zur Folge. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) stünde damit in den Augen der Bevölkerung als der verlängerte Arm Israels da.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
AUTONOMIEGEBIETE**

THOMAS BIRRINGER

**JANUAR 2009**

[www.kas.de/palestine](http://www.kas.de/palestine)

Die langfristigen Folgen eines Autoritätsverlustes der PA unter Abbas, der seit der letzten Parlamentswahl 2006 und dem Scheitern der Einheitsregierung unter Beteiligung der Hamas hauptsächlich per Dekret regiert, sind noch nicht abzusehen. Denn auch unabhängig vom Krieg in Gaza wächst der Druck auf Abbas. Der vor Jahren gewählte Weg der Gewaltlosigkeit und der Verhandlungen mit Israel hat in den Augen vieler keine sichtbaren Früchte getragen. Präsident Abbas benötigt dringend Erfolge, die die Lebensbedingungen der Menschen in der West Bank nachhaltig verbessern, vor allem in den Bereichen Siedlungsstopp und Bewegungsfreiheit. Ohne solche Erfolge am Verhandlungstisch wird es Abbas immer schwerer fallen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sich Verhandlungen lohnen.

Umso schwerer wiegen nun die Vorwürfe in der Bevölkerung gegen ihn, mit Israel im Gazakrieg kooperiert zu haben. Die gewalttätige Unterdrückung von Solidaritätskundgebungen mit Hamas in der West Bank standen im starken Widerspruch zum Wunsch der Bevölkerung nach Einigkeit in Zeiten des Krieges. Es ist davon auszugehen, dass Abbas, dem ohnehin seit Längerem Amtsmüdigkeit nachgesagt wird, nun auch innerhalb der Fatah an Unterstützung verlieren könnte. Außer dem in Israel inhaftierten Anführer der „jungen Garde“, Marwan Barghouti, gibt es zwar keine wirkliche Alternative zu Abbas, doch äußern zunehmend Vertreter der „jungen Garde“ ihren Unmut über den Präsidenten und Fatah-Vorsitzenden. Barghouti selbst hält sich im Hinblick auf eine Kandidatur jedoch bedeckt. Hinzu kommt, dass der nach über 15 Jahren ohne Neuwahlen ausstehende nächste Parteitag der Fatah, der für Ende 2008 geplant war und immer wieder verschoben wurde, nun erneut fraglich erscheint. Zuletzt waren die innerparteilichen Vorbereitungen vorangekommen. Die Wahl der Delegierten war weitgehend abgeschlossen, nachdem der komplizierte

Schlüssel hierfür zu Gunsten der jungen Garde modifiziert worden war. Zuletzt hatte man noch über den Ort gestritten und sich für eine Parteikonferenz außerhalb der Palästinensischen Gebiete (vermutlich in Jordanien) entschieden, was vielen altgedienten Fatah-Mitgliedern im Exil eine Teilnahme ermöglicht hätte.

Hinzu kommt die Frage nach der Amtszeit von Abbas als Präsident, die momentan auf Grund der israelischen Militäroperation etwas aus dem Blickfeld gerückt ist. Bis zum 9. Januar 2009 hatte Hamas Mahmoud Abbas noch als rechtmäßigen Präsidenten angesehen, der damit die letzte funktionierende Institution darstellte, die die beiden Landesteile Westbank und Gazastreifen miteinander verband.

Die Legitimität der Notstandsregierung in Ramallah unter Premierminister Salam Fayyad wird von Hamas bestritten. Präsident Abbas hatte diese eingesetzt, nachdem Hamas im Juni 2007 in einem blutigen Putsch die Kontrolle im Gazastreifen übernommen hatte und die vorherige „Regierung der Nationalen Einheit“ mit Beteiligung von Hamas und Fatah damit gescheitert war. Fayyad regiert seitdem per Dekret de facto nur die Westbank, ist aber de jure für die gesamten Palästinensischen Gebiete zuständig. Das Parlament (PLC) kann diese Regierung weder bestätigen noch ablehnen, da es durch Abwesenheit einiger in Israel inhaftierter Hamas-Abgeordneter und einer Blockadepolitik vor allem von Hamas mittels eines 50-Prozent-Anwesenheitsquorums für die Beschlussfähigkeit handlungsunfähig ist. Im Gazastreifen besteht derweil eine „abtrünnige“ Hamas-Regierung unter Ministerpräsident Ismail Haniyyeh.

**Abbas' Amtszeit umstritten.** Bei Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) durch die Osloer Verträge Mitte der 90er Jahre waren weder für deren direkt gewählten Präsidenten, noch für ihr Parlament, den Palästinensischen Legislativrat (PLC), Amtszeiten festgelegt worden, da sie als vorübergehende Institution bis zur für das Jahr 2000 geplanten Gründung eines palästinensischen Staates angelegt war. Statt dieser Staatsgründung kam es jedoch zur zweiten Intifada, das Provisorium PA blieb bestehen. Erst nach dem Tod von Präsident Yassir Arafat Ende 2004 führte man Amtsperioden ein: Im Jahr 2005 änderte der PLC das Grundgesetz mit der Einführung einer vierjährigen Amtszeit des Präsidenten. Gleichzeitig wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, das Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zur gleichen Zeit vorsieht.

Da aber die Präsidentschaftswahlen bereits im Januar 2005, die Parlamentswahlen aber erst im Januar 2006 stattfanden, widersprechen sich diese beiden am gleichen Tag geänderten bzw. verabschiedeten Gesetze nun im Hinblick auf den Zeitpunkt der nächsten Präsidentschaftswahl und den Ablauf von Abbas' Amtszeit Anfang 2009 oder erst 2010. Viele Juristen argumentieren, dass aufgrund der Gleichzeitigkeit der Gesetzesänderung das Grundgesetz hier nicht dem Wahlgesetz vorzuziehen sei, da es sich um einen einheitlichen Willen des Parlamentes handele und die beiden Wahlen 2005 und 2006 somit als eine einzige Wahl an zwei Terminen anzusehen seien. Dies spräche für eine Amtszeit von Abbas bis 2010. Hinzu kommt, dass diese Gesetzesänderung erst nach der Wahl von Abbas stattfand und somit dessen Amtszeit nicht rückwirkend betroffen sein könne.

Hamas betrachtet jedoch nicht nur die Amtszeit des Präsidenten als abgelaufen, sondern sieht auch den Parlamentspräsidenten (seit der PLC-Wahl 2006 von Hamas gestellt) als dessen rechtmäßigen Vertreter an. Eine solche Vertretung sieht selbst das Grundgesetz jedoch nur für den Fall des Todes, der Krankheit oder Unmündigkeit des Präsidenten vor.

Unter dem Strich dürfte die Frage von Amtszeit und Neuwahlen jedoch nicht juristisch, sondern politisch entschieden werden.

Inzwischen betrachtet Hamas zwar ihren Parlamentspräsidenten Abdel Aziz Dweik als amtierenden Präsidenten; er ist jedoch in Israel inhaftiert und sein Stellvertreter Ahmed Bahar hält sich im Gazastreifen auf. Nach dem Krieg in Gaza hat sich Hamas jedoch mit Forderungen nach einem Rücktritt von Abbas bis jetzt auffallend zurückgehalten und scheint dieses Thema derzeit nicht zu forcieren.

Im Gegensatz zum Präsidenten blieb die Popularität der Mitglieder der Notstandsregierung unter Ministerpräsident Fayyad in der Westbank relativ stabil. Es handelt sich bei den meisten Ministern um Technokraten, die der Fatah gegenüber loyal sind, ihr jedoch meist nicht angehören und insofern

nicht direkt in den Sog des Popularitätsverlustes von Präsident Abbas hineingezogen wurden. Darüber hinaus registrieren die Menschen, dass die Situation in der Westbank sich aufgrund von Fayyads klarer und besonnener Politik nach innen und gegenüber Israel wirtschaftlich und bei der inneren Sicherheit stabilisiert hat.

Somit ist die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, zusammen mit dem Vertrauen in die Mitglieder der Notstandsregierung und der Politik der harten Hand gegenüber Hamas-Sympathisanten, dafür verantwortlich, dass die Lage in der West Bank während des Krieges stabil und relativ ruhig geblieben ist. Die ruhige Lage in der West Bank zeigt, dass eine starke PA in der Lage ist, An-

schläge gegen Israel mit zu verhindern und auch innerhalb der palästinensischen Gebiete die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

#### Die Situation der Hamas

Obwohl von Hamas mit den Raketenabschüssen bewusst provoziert, war das Ausmaß der israelischen Reaktion von den Islamisten in dieser Form nicht erwartet worden. Das militärische Vermögen der Hamas-Kämpfer blieb dabei nicht nur weit hinter den durch Propaganda geschürten Erwartungen der eigenen Leute zurück, sondern auch hinter den Annahmen internationaler Beobachter und Israels. Die Tatsache, dass israelische Truppen bis weit in die eng bebauten Stadtzentren von Gaza und umliegender Orte vorrücken konnten, fast ohne eigene Verluste hinnehmen zu müssen, hat für Überraschung gesorgt. Es wird vielerorts von fliehenden Militanten berichtet und von Islamisten, die sich sicherheitshalber die Bärte, ansonsten ihr Erkennungszeichen, abrasierten. Trotzdem wurden nicht alle Waffenlager und Raketenwerfer ausgehoben, da diese oft gut versteckt in Kellern lagen.

So versucht Hamas nun dennoch, die militärische Niederlage in einen politischen Sieg umzumünzen. Das dürfte ihr in Anbetracht des Kriegsverlaufes jedoch schwerer fallen, als der libanesischen Hisbollah nach dem Krieg im Sommer 2006. Diese hat letztlich ihren jüngsten politischen Einflussgewinn in der innerlibanesischen Machtverteilung ihrer 2006 ungebrochenen militärischen Macht zu verdanken. Auch Hamas hat sich mittlerweile zur Siegerin erklärt, da sie trotz der Invasion der militärisch weit überlegenen israelischen Armee nicht die Macht in Gaza verloren hat und viele ihrer Anführer noch am Leben sind. Diese Behauptung erscheint angesichts der absoluten Zahlen jedoch weit weniger glaubwürdig als die Erklärung der Hisbollah in 2006.

Hamas kann von Israel in Anbetracht der asymmetrischen Kriegsführung auf militärischem Wege zwar nicht endgültig besiegt werden, aber doch deutlich geschwächt. Solange aber die Nachschubwege über die Tunnel aus Ägypten nicht komplett versiegen, die Führer der Hamas im Exil verweilen und Iran und Syrien sie finanziell unterstützen, wird Hamas ihre Position in Gaza und ihr Gewaltmonopol dort halten können. Dies zeigen auch die jüngsten Entwicklungen nach dem Ende der Kampfhandlungen: Hamas-Kräfte kontrollieren nicht nur wieder das öffentliche Leben im Gazastreifen, sondern verfolgen inzwischen mit nie dagewesener Härte Oppositionelle und vermeintliche Gegner. Es wird von einer deutlichen Zunahme von Hinrichtungen und Folterungen berichtet.

Dies zeugt einerseits von einer gewissen Nervosität bei Hamas, nicht zuletzt in Anbetracht der zahlenmäßig immer noch starken Fatah in Gaza, und andererseits von wachsendem Unmut der Bevölkerung Gazas über die Islamisten. Die Menschen im Gazastreifen stehen vor immensen Problemen, vor allem nach der Zerstörung tausender Wohnhäuser und dem Zusammenbruch der Infrastruktur, sowie der Preisentwicklung für Verbrauchsgüter. Beispielsweise für die Mangelware Benzin hatte Hamas schon vor dem Krieg ein eigenes Bezugssystem eingeführt. Zudem gibt es Berichte darüber, dass Hamas-Kämpfer Zivilisten an der Flucht aus umkämpften Gebieten gehindert und so bewusst zivile Opfer provoziert haben. Dies ist auch der Öffentlichkeit im Gazastreifen nicht verborgen geblieben. Der Eindruck, dass die Härte des israelischen Vorgehens im Gazastreifen den Zustrom neuer radikaler Islamisten zur Hamas verstärkt hat und die Solidarität der Bevölkerung mit ihnen erhöht hat, scheint daher in Gaza selbst weniger ausgeprägt, als in der „sicheren“ Westbank und in den arabischen Nachbarländern.

### Gefahr für die Nachbarländer?

Zu Beginn des Krieges waren die Stimmen nicht nur aus Ramallah, sondern auch aus den arabischen Nachbarländern erstaunlich moderat; die Verantwortung von Hamas für die neue Eskalation wurde vielerorts erwähnt. Diese aufkeimende Kritik an Hamas aus höchsten Kreisen, gepaart mit einer in den Bevölkerungen dieser Länder empfundenen Hilf- und Tatenlosigkeit fast aller arabischen Regierungen dürfte jedoch die Position moderater Regime in der arabischen Welt innerhalb ihrer Länder weiter unterminieren. Schon nach dem zweiten Libanonkrieg 2006 hatte die radikal-islamische Hisbollah die Meinungsführerschaft über die Straßen der meisten arabischen Länder gewonnen. Diese Entwicklung zu Gunsten der Islamisten wurde durch diesen Krieg nicht gebremst, jedoch ist mit einem akuten Aufblühen innerer Konflikte derzeit in keinem der Nachbarländer zu rechnen. Ein „Flächenbrand“ steht daher ebenso wenig bevor wie eine „Dritte Intifada“.

Folglich hat der Druck vieler arabischer Regierungen auf Hamas in Folge des Konfliktes eher zugenommen. Die gilt besonders für Syrien, welches sich selber in einem Prozess langsamer Annäherung an den Westen befindet. Sollte man dort die Unterstützung beenden, könnte dies Hamas langfristig die finanzielle und logistische Grundlage entziehen. Die informellen Verhandlungen Syriens mit Israel unter türkischer Vermittlung wurden zwar in Folge des Gaza-Krieges ausgesetzt, aber nicht dauerhaft beendet.

Ägypten konnte seine Position als wichtigster Vermittler in den Verhandlungen, sowohl zwischen Hamas und Fatah, als auch zwischen Israel und den arabischen Staaten und in indirekten Verhandlungen zwischen Hamas und Israel, festigen. Andererseits balanciert der ägyptische Präsident auf einem schmalen Grat: Einerseits muss er versuchen, Hamas zu schwächen, um den Erfolg der Muslimbruderschaft in Ägypten

selbst zu minimieren und Irans Einfluss in der Region zurückzudrängen. Andererseits gibt es eine starke Solidarisierung der ägyptischen Bevölkerung mit den Palästinensern in Gaza. Schließlich ist Hamas als Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft entstanden, Mubaraks gefährlichster Opposition im eigenen Land. Am Tag vor Beginn der Kampfhandlungen hatte der ägyptische Präsident die israelische Außenministerin Tzipi Livni empfangen, was im Nachhinein wie eine Absprache zum Krieg gegen Hamas aussah. Doch anfängliche scharfe Kritik von Hamas und Hisbollah an Präsident Mubarak wich schnell einer ernsthaften und akzeptierten Vermittlerrolle des Landes sowie einmütiger Zurückweisung der Kritik von außen durch die meisten Ägypter.

Selbst aus dem Libanon war trotz scharfer Rhetorik kein Eingreifen in den Konflikt zu Gunsten der Hamas zu erwarten. Der zweite Libanonkrieg im Sommer 2006 hatte zwar auch als „Hilfsaktion“ der Hisbollah nach Kämpfen im Gazastreifen begonnen; diesmal flogen jedoch nur einige vereinzelte Raketen kleinerer palästinensischer Splittergruppen aus dem Südlibanon nach Israel und richteten keinen großen Schaden an. Eine „zweite Front“ gab es nicht, weil im Libanon in diesem Jahr Wahlen anstehen und die radikal-islamische Hisbollah einen Erfolg dort nicht gefährden und ihre innenpolitischen Gewinne der letzten Zeit nicht wieder aufs Spiel setzen wollte. In die gleiche Richtung gingen Aussagen des pro-westlichen libanesischen Premierminister Siniora, der die vereinzelten Raketenangriffe palästinensischer Splittergruppen aus dem Libanon auf Israel als Gefährdung des erreichten Wiederaufbaus nach dem Krieg 2006 bezeichnete.

### Wiederaufbau in Gaza und Waffenschmuggel

Entscheidend für die weitere Entwicklung im Gazastreifen ist die Frage des Wiederaufbaus. Hier wird es einen „Wettlauf“ um

die Zustimmung der dortigen Bevölkerung geben, bei dem die Zeit drängt: Auf der einen Seite steht die Hamas. Sie verfügt, vom Iran ausgestattet, über ausreichend finanzielle Mittel um den Wiederaufbau, nach Vorbild der Hisbollah im Libanon 2006, zügig voranzutreiben - vor allem durch direkte Bargeldzahlungen an Betroffene. Auf der anderen Seite stehen die PA, die moderaten arabischen Regime, der Westen, und wohl auch Israel. Sie müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hamas weiterhin die Macht im Gazastreifen inne hat und eventuell versuchen wird die Aufbauhilfe anderer Kräfte zu behindern oder in die eigenen Kanäle umzuleiten. Entscheidend wird sein, welche Hilfe von den Menschen in Gaza als schneller und effektiver empfunden wird. Sollte die Öffentlichkeit die Hilfe der Hamas als wirkungsvoller ansehen, so kann Hamas letztendlich aus dem Konflikt Kapital schlagen und seine Machtposition festigen. Die PA würde auf absehbare Zeit im Gazastreifen keine Rolle mehr spielen. Somit entscheidet sich die Frage nach dem eigentlichen Gewinner des Krieges wohl erst in den nächsten Monaten.

Für diese Frage entscheidend dürften die Nachschubwege der Hamas durch die Schmuggeltunnel nach Ägypten sowie die Frage sein, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, in Gaza einen Wiederaufbau ohne die Involvierung von Hamas zu bewerkstelligen. Eine Möglichkeit dazu wäre eine internationale Präsenz im Gazastreifen selbst. Hamas lehnt die Stationierung ausländischer Kräfte sowohl im Gazastreifen, als auch am Grenzstreifen nach Ägypten komplett und in scharfem Tonfall ab. Nicht zuletzt aus militärischen Gründen erscheint vor allem ersteres schwierig: Nach Schätzungen würde rund die Hälfte der Bevölkerung im Gazastreifen internationale Truppen ablehnen. Bei Einsätzen innerhalb des Gazastreifens dürften internationale Kräfte somit auf ein überwiegend feindliches Umfeld stoßen.

Stattdessen zeichnet sich lediglich eine technische Unterstützung Ägyptens bei der Kontrolle der Grenze zum Gazastreifen ab. Eines der Hauptziele Israels im Krieg war die Unterbindung des Waffenschmuggels durch Tunnel, durch die auch weiterhin die Nachschubwege der Hamas verlaufen. Da die israelische Luftwaffe jedoch nach Schätzungen lediglich an die hundert der rund 250 Tunnel zwischen Ägypten und Gaza zerstören konnte, scheint eine Unterbindung des Waffenschmuggels durch aktives ägyptisches Engagement die einzige Lösung zu sein. Weil Ägypten jedoch die Stationierung internationaler Truppen auf seinem Territorium kategorisch als Eingriff in die staatliche Souveränität ablehnt, bleibt nur die Möglichkeit durch ziviles technisches Fachpersonal den ägyptischen Sicherheitskräften bei der Lokalisierung der Tunnel zu helfen. Neben anderen Staaten hat sich auch Deutschland Fachkräfte auf den Sinai entsandt. Der Erfolg dieser Mission wird aber entscheidend vom politischen Willen der Ägypter abhängen.

Bei einer kontrollierten Öffnung der Grenze nach Ägypten - nicht nur eine Forderung der Hamas, sondern auch wichtig für Hilfsgüter und Bewegungsfreiheit - könnte auf eine bereits bestehende Regelung zurückgegriffen werden: Grenzer der PA kontrollierten vor der Machtübernahme durch Hamas bis Juni 2007 gemeinsam mit europäischen Polizisten die palästinensische Seite der Grenze. Israel war in ein gemeinsames Lagezentrum eingebunden. Ein solche Regelung könnte auch ein erster Schritt sein, die Autorität der PA im Gazastreifen wiederherzustellen. So bleibt ein regulärer Grenzverkehr in den Gazastreifen, der für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig wäre, weiterhin auf der Tagesordnung künftiger Verhandlungen.

#### **Ausblick und Bewertung**

Die dauerhaften Konsequenzen des Krieges für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess sind noch nicht abzusehen. Die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
AUTONOMIEGEBIETE**

THOMAS BIRRINGER

**JANUAR 2009**

[www.kas.de/palestine](http://www.kas.de/palestine)

hohen Opferzahlen, besonders unter Zivilisten, haben zu großer Empörung in der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank, Ost-Jerusalem und nicht zuletzt in Israel geführt. Mehr denn je wurde die Stimmung durch teilweise äußerst drastische Bilder verwundeter und getöteter Zivilisten in den arabischen Medien, vor allem den überregionalen Fernsehsendern al-Djazeera und al-Arabiya, angeheizt.

Sollte Hamas seine Macht im Gazastreifen behaupten und weiter festigen können, sind gemeinsame Institutionen und Wahlen für Westbank und Gaza nur mit Zustimmung der Hamas möglich. In Anbetracht der Wahltermine und der Diskussion über die Amtszeit des Präsidenten (siehe Kasten) wären gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der zweiten Jahreshälfte das wahrscheinlichste Szenario. Dies würde jedoch eine Einigung zwischen Hamas und Fatah erfordern. Ägypten vermittelt zwar hier weiter, doch die Gräben sind nach wie vor tief - und durch das Vorgehen der PA gegen Hamas in der Westbank sowie das äußerst brutale Verhalten der Hamas gegenüber als „Verräter“ verdächtigen Fatah-Anhängern in Gaza noch tiefer geworden. Viele Fatah-Anhänger in Gaza haben noch „offene Rechnungen“ aus dem Putsch von 2007.

In den nächsten Wochen wird voraussichtlich der Druck auf Hamas und Fatah wachsen, die von ägyptischer Seite betriebenen Versöhnungsgespräche wiederaufzunehmen. Eine Regierung der Nationalen Einheit unter beider Beteiligung, wie 2007, ist jedoch unwahrscheinlich. Schließlich würde sie auch nur dann weiterhelfen, wenn sie internationale Anerkennung fände. Da Hamas jedoch weiterhin radikale Positionen vertritt und diese unmittelbar nach dem Krieg kaum aufgeben wird, ist damit nicht zu rechnen, obwohl sich erste europäische Stimmen für eine Annäherung aussprechen.

Dies würde jedoch Hamas im Wettlauf um den Wiederaufbau nur stärken.

Mögliche Alternative ist eine „Konsens-Regierung“ unter der Führung eines neutralen Technokraten. Diese würde ausschließlich aus Kabinettsmitgliedern bestehen, die bei den Parlamentswahlen nicht kandidieren. Hauptaufgabe einer solchen Regierung wäre die Vorbereitung von Wahlen und die Organisation des Wiederaufbaus. Auf diese Weise könnte die Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde über den Gazastreifen und die Einheit der Palästinensischen Gebiete wieder hergestellt werden. Premierminister Fayyad und sein Kabinett haben schon signalisiert, einer solchen Lösung nicht im Weg zu stehen.

Sollte es so gelingen, Hamas effektiv von Geldzahlungen aus dem Iran abzuschneiden, den Schmuggel durch die Tunnel zu unterbinden und den Wiederaufbau des Gazastreifens durch die PA organisieren zu lassen, besteht die Chance, die Position der Hamas in Gaza nachhaltig zu schwächen. Schließlich sind selbst dort die islamistischen Ideologen eine Minderheit in der Bevölkerung. Die Herrschaft der Hamas in Gaza konnte zwar nicht militärisch beendet werden, ist aber keineswegs unerschütterlich.

Auf der regionalen Ebene spielt sich der Konflikt vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Furcht der arabischen Länder vor einer iranischen Hegemonie ab. Sie gründet sich nicht zuletzt auf das dortige Atomprogramm, aber auch auf Irans Rolle als Sponsor islamistischer Organisationen, die vielerorts destabilisierend wirken. Dies gilt besonders für die arabischen Führungsmächte Saudi-Arabien, das sich in diesem Konflikt auffallend ruhig verhielt, und Ägypten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die arabisches Friedensinitiative, die erstmals 2002 in Beirut vorgestellt und vor kurzem erneuert

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**PALÄSTINENSISCHE  
AUTONOMIEGEBIETE**

THOMAS BIRRINGER

**JANUAR 2009**

[www.kas.de/palestine](http://www.kas.de/palestine)

wurde, zu sehen. Fast alle arabischen Staaten bieten Israel Frieden an, sofern man sich mit den Palästinensern einigt. Beim von den USA organisierten Gipfel von Annapolis Ende 2007 setzte man hierin große Hoffnungen, nahmen doch viele vormals unversöhnlich gestimmte arabische Staaten an diesem Gipfel teil. Doch vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza hat der Saudische König jetzt verlautbart, dass dieses Friedensangebot Israel nicht unbefristet offensteht. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die Araber die neue amerikanische Administration unter Präsident Obama mit dem Zuschlagen der Tür zum Frieden empfangen.